Gesprächsprotokoll

Gespräch mit Anja Troff-Schaffarzyk, MdB (SPD) | 18. November 2026 | Landvolkhaus Leer

Teilnehmende: Anja Troff-Schaffarzyk, Marion Bubolz (SPD-Büro); Carl Noosten, Klaus Borde, Marion Roeden, Bernhard Bekebrok, Rudi Bleeker und Heinz-Hermann Hertz-Kleptow (Landvolk).

Für das Landvolk ist ein fachlicher Austausch mit Dr. Heike Henn, Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, von Bedeutung. Frau Troff-Schaffarzyk wird um Unterstützung bei der Kontaktvermittlung gebeten.

1. Gänsepopulation und Schutzstatus

Das Landvolk verweist auf die stark gestiegene Gänsepopulation in der Region. Nach Schätzungen von etwa 50.000 in den 1980er-Jahren beträgt allein die Zahl der Nonnengänse lt. Aussage Kruckenberg 1,3 Mio., wegen der geschätzten Zunahme von 10 % p.a dürften es mittlerweile bei fast 2 Mio. sein. Dir Folgen sind erhebliche Schäden bis hin zu Totalausfällen. Gefordert werden eine Überprüfung des europäischen Schutzstatus, erweiterte Vergrämungsmöglichkeiten auch in Schutzgebieten und die Wiederaufnahme der Beweidung geeigneter Hellerflächen. Zudem soll das Bundesumweltministerium die Populationsentwicklung anerkennen und die internationale Zusammenarbeit beim Gänsemanagement wieder stärken. Frau Troff-Schaffarzyk bittet um ein Anliegenpapier zur Weiterleitung an das Ministerium BMU. Rudi Bleeker übernimmt die Vorbereitung.

2. Wiesenbrüterschutz

Das Landvolk kritisiert, dass kooperative Ansätze im Sinne des Niedersächsischen Weges bei NLWKN und Umweltministerium zu wenig Berücksichtigung finden. Als Beispiel wird das MONAKO-Projekt im Landkreis Leer genannt, dessen positive Erfahrungen nach Auffassung der Beteiligten durch ein weiteres Untersuchungsjahr abgesichert werden sollten. Eine Finanzierungszusage des Landes fehlt bislang; eine mögliche Lösung wäre die gemeinsame Finanzierung von Land und Landkreis. Die fehlende Perspektive gefährdet die Motivation der beteiligten Landwirte. Frau Troff-Schaffarzyk nimmt das Thema in den zuständigen Umweltausschuss des Landkreises Leer mit.

3. Naturflächen- und Infrastrukturgesetz

Am diskutierten Gesetzentwurf werden der starke Fokus Natura-2000 Gebiete und flächenhafte Naturschutzmaßnahmen und Moorwiedervernässung sowie mögliche Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Nutzung kohlenstoffreicher Böden kritisiert. Das Landvolk sieht Risiken für Rinder- und Milchviehhaltung sowie für das privilegierte Bauen im Außenbereich durch das beabsichtigte überragende öffentliche Interesse für den Naturschutz. Rudi Bleeker übersendet Frau Troff-Schaffarzyk die Stellungnahme des Deutschen Bauernverbandes beziehungsweise des Landvolk-Landesverbandes.

4. Leitungsbau und Kompensation

Durch Infrastruktur- und Leitungsbau gehen landwirtschaftliche Flächen sowohl unmittelbar als auch durch Ausgleichsmaßnahmen verloren. Das Landvolk regt einen gesetzlichen Vorrang produktionsintegrierter Kompensation im Bundesnaturschutzgesetz an, damit kooperative Maßnahmen vor einer dauerhaften Flächenentnahme geprüft werden. Landkreise und Kommunen setzen sich gegenüber Übertragungsnetzbetreibern bereits für regionale Kooperationsklauseln ein.

5. Baurecht und TA Luft

Bei tierwohlorientierten Stallumbauten können offene Haltungsformen und zusätzliche Ausläufe mit Anforderungen der TA Luft kollidieren, weil Emissionen weniger gezielt erfasst werden. Das Landvolk spricht sich dafür aus, diese Zielkonflikte im Immissionsschutzrecht praxisgerecht zu lösen.

6. Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)

Das Landvolk unterstützt die Forderung des Deutschen Bauernverbandes nach Erhalt des bisherigen Agrarbudgets, von dem Landwirtschaft und ländlicher Raum profitieren. Bei Agrarumweltmaßnahmen wird das Prinzip einer vertraglich vergüteten Leistung begrüßt. Kritisiert wird, dass die Vergütung in der zweiten Säule nach Auffassung der Gesprächsteilnehmer regelmäßig auf Kosten- und Einkommensausgleich begrenzt ist und keine ausreichenden zusätzlichen Einkommensanreize bietet.

7. Liquiditätshilfe und Marktkrise

Die angesprochene Düngebeihilfe von rund fünf Euro je Hektar wird als geringe Entlastung angesichts hoher Energiekosten bewertet; ihre Finanzierungsgrundlage bleibt zu prüfen. Für landwirtschaftliche Betriebe fordert das Landvolk insbesondere eine steuerliche Risikoausgleichsrücklage, um in guten Jahren für Krisenzeiten vorsorgen zu können. Ergänzend wird eine stärkere Absatz- und Exportförderung angeregt. Im Gespräch werden die Bedeutung der Wiederkäuer für die Nutzung von Grünland und der Wert von Wirtschaftsdünger als Phosphorquelle hervorgehoben.

8. Düngeverordnung

Das Landvolk sieht eine mögliche weitere Absenkung pflanzenbaulicher Nährstoffbedarfswerte kritisch und verweist auf sinkende Wirtschaftsdüngermengen laut Nährstoffbericht der LWK Nds. Angeregt wird, die Derogationsregelung für Grünlandbetriebe wieder einzuführen, damit betriebseigener Wirtschaftsdünger besser genutzt und der Zukauf mineralischer Düngemittel verringert werden kann. Im Mittelpunkt soll eine funktionierende Nährstoffkreislaufwirtschaft stehen.

9. EEG und Gärrestlager

Das Landvolk betont die Bedeutung Grundlast-fähiger und flexibel einsetzbarer Biogasanlagen für die Stromversorgung, insbesondere bei Dunkelflauten. Zudem wird kritisiert, dass vorhandene Gärrestlager nach dem Ende des Biogasanlagenbetriebs nicht ohne Weiteres als Wirtschaftsdüngerlager weitergenutzt werden können. Gefordert wird eine rechtlich praktikable Nachnutzung vorhandener Lagerkapazitäten. Das Auslaufen der EEG-Förderung allein begründet kein generelles Nutzungsverbot; maßgeblich sind insbesondere die jeweilige Genehmigung und das Bau- beziehungsweise Immissionsschutzrecht.